«Leserbrief darf nicht unerwidert bleiben!»

Stellungnahmen zum Leserbrief «Dauerpräsenz im Wahlkampf» in den FN vom 31. Oktober 2026.

Als Präsidentin der Stiftung SSB weise ich die haltlosen Unterstellungen gegenüber Bojan Seewer, Direktor der SSB und Mitte-Kandidat fürs Oberamt, in aller Form zurück. Sein Arbeits- und Führungsverhalten kann ich aus nächster Nähe beurteilen: Bojan Seewer zeichnet sich seit Jahren, und gerade auch in diesen Wochen, durch hervorragende fachliche und menschliche Qualitäten, enorme Schaffenskraft und vorbildlichen persönlichen Einsatz aus. Seine zugewandte, engagierte, respektvolle, lösungsorientierte Arbeit wird in der Stiftung SSB sehr geschätzt. Ich bin Bojan Seewer dafür sehr dankbar.
Monika Bürge-Leu, Präsidentin Stiftung SSB, Wünnewil

Normalerweise hätte ich mich nicht zu den bevorstehenden Wahlen im Kanton Freiburg geäussert, der Leserbrief über «Dauerpräsenz im Wahlkampf» darf jedoch nicht unbeantwortet bleiben. Ich selbst sehe betreffend die Präsenz der Kandidierenden respektive die Plakate an den Strassenrändern keine Unterschiede.

Als Mitglied der Geschäftsleitung der Stiftung SSB weiss ich, dass Bojan Seewer ein äusserst kompetenter und engagierter Direktor ist. Er ist 24 Stunden für die Stiftung SSB sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da, nimmt sich Zeit, ist immer gesprächsbereit und versteckt sich keinesfalls hinter seiner Equipe. Eigenschaften, welche ihn auch für das Oberamt qualifizieren. Wo nimmt der Schreibende bloss diese Einschätzungen her?
Richard Philipona, Giffers, Mitglied der Geschäftsleitung Stiftung SSB

Haltlos, respektlos, enttäuschend

Herr oder Frau E. Zosso aus Wünnewil masst sich an, einen Oberamtskandidaten öffentlich für ungeeignet zu taxieren, mit der Behauptung, er vernachlässige seine Arbeitspflichten für den Wahlkampf. Als langjährigem Politiker und erfahrenem Wahlkämpfer wird mir bei einem derart respektlosen Beitrag schlicht übel. Dass in Wahlkämpfen mit harten Bandagen gekämpft wird, ist nicht ungewöhnlich. Schliesslich wollen alle die Wählergunst gewinnen. Hart geführte Sachdebatten, auch mal gespickt mit Übertreibungen, gehören dazu – aber bitte nicht mit haltlosen, rufschädigenden oder gar sexistischen Angriffen direkt auf die Person. Das ist unserer Meinungsfreiheit, unserer Demokratie und unserem Milizsystem unwürdig. Leider ist es zur Unsitte geworden, statt die eigenen Vorzüge hervorzuheben, lieber die Konkurrenz abzukanzeln – sei es durch die Verunstaltung von Wahlplakaten oder durch unmögliche Beiträge in den sozialen Medien. Ich vertraue darauf, dass sich die Wählerschaft von solch unqualifizierten Aktionen nicht blenden lässt.
Bruno Boschung, Wünnewil

USA verlernen den Kompromiss

Die USA waren selten ein geeintes Land. Für den Historiker Volker Depkat liegt das eigentliche Problem aber nicht in der Polarisierung selbst, sondern in einer Politik, die von ihr lebt.

Fabian Strässle



Der Historiker Volker Depkat spricht jeden Samstag im Deutschlandfunk-Podcast «Amerika verstehen» über Kultur, Gesellschaft und Politik der USA. Bild: zvg/Christoph Gabler

Freiburg Wer mit Volker Depkat über Donald Trump spricht, landet schnell im Jahr 1776. Bei der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und bei einer Idee, die bis heute nachwirkt: Politische Macht geht vom Volk aus, und wenn eine Regierung

HÖRSAAL

ihren Zweck verfehlt, hat das Volk das Recht, sie zu verändern oder abzusetzen. Für den Historiker führt so eine direkte Linie von den Gründungskonflikten der USA bis in die politische Gegenwart.

Denn Trump greife genau dieses Widerstandsgefühl auf, sagt Depkat, vermutlich ohne sich der historischen Herkunft bewusst zu sein. Er erzähle seiner Anhängerschaft, eine abgehobene Elite habe ihr das Land weggenommen, und verspreche, es stärker und stabiler zurückzugeben. Depkat nennt das ein «populistisches Grundrauschen», das die amerikanische Demokratie seit ihrer Gründung begleitet.

Der deutsch-amerikanische Historiker lehrt an der Universität Regensburg und spricht am Dienstag an der Universität Freiburg im Rahmen einer öffentlichen Ringvorlesung über die Geschichte der US-Demokratie. Vorab nimmt er uns jetzt schon mit auf eine kleine Zeitreise durch zweieinhalb Jahrhunderte amerikanischer Konfliktgeschichte.

Ein Land der Gegensätze

«Wann waren die USA eigentlich nicht gespalten?», fragt Depkat. Im 19. Jahrhundert standen sich Sklavenhalter und die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei gegenüber, der Konflikt mündete im Bürgerkrieg. Mit der Industrialisierung folgten wachsende soziale Ungleichheit und erbitterte Auseinandersetzungen um Löhne, Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen. In den 1960er-Jahren trieben der Vietnamkrieg und gesellschaftliche Umbrüche das Land erneut auseinander.

Diese gesellschaftlichen Gegensätze seien möglicherweise sogar «das notwendige Ergebnis von individueller Selbstbestimmung», sagt Depkat. Wo Menschen ihre Lebensweise frei wählen, entstehen unterschiedliche Interessen. Von einer modernen Gesellschaft könne niemand Homogenität erwarten.

Umso wichtiger werde deshalb die Rolle der Politik. Ihre Aufgabe bestehe darin, gegensätzliche Interessen zusammenzuführen oder in kompromissfähige Lösungen zu übersetzen. «Wenn die Politik selbst als Polarisierungsunternehmer unterwegs ist», sagt Depkat, «dann fällt eben genau diese Politik als Ausgleichsinstanz weg.»

Genau darin sieht er das Problem der Gegenwart: nicht in der Spaltung oder Polarisierung der Gesellschaft, sondern in deren politischer Bewirtschaftung. Trump stehe beispielhaft für einen Politikertypus, der Gegensätze nicht auszugleichen versucht, sondern sie gezielt verschärft und daraus politische Macht gewinnt.

Konflikte um die richtige Lebensweise

Die Ursprünge der heutigen gesellschaftlichen Kulturkämpfe reichen in die 1960er- und 1970er-Jahre zurück. Die gesellschaftliche Liberalisierung löste Konflikte über Abtreibung, Homosexualität und Geschlechterrollen aus. Vor allem evangelikal-fundamentalistische Christinnen und Christen sahen darin eine Bedrohung ihrer göttlichen Ordnung und der amerikanischen Identität. Die Gegenseite wiederum forderte Grundrechte auf Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ein, die ihr aus ihrer Sicht lange verwehrt worden waren.

Gerade evangelikal-fundamentalistische Gruppen hätten sich lange als «schweigende und leidende Kirche» verstanden, erklärt Depkat. Weil sie sich auf das Jenseits konzentrierten, mischten sie sich kaum in die Politik des Landes ein. Doch dann kamen mehrere Krisen zusammen: Auf die gesellschaftliche Liberalisierung der 1960er-Jahre folgten in den 1970ern Ölkrisen, eine schwächelnde Wirtschaft mit hoher Inflation und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan. All das rüttelte diese religiösen Gruppen auf und verdichtete sich laut Depkat zu einem neuen Widerstandsgefühl.

Der Streit drehe sich seither um die «Moralität von Lebensstilen» und darum, welche Lebensentwürfe als amerikanisch gelten dürfen. Dabei stehen sich konservative Kreise und gesellschaftlich liberale Kräfte gegenüber. Seit den 1990er-Jahren nutze die Politik diese Gegensätze für parteipolitische Zwecke und sei damit selbst zum Polarisierungsfaktor geworden. Trump treibe das auf die Spitze. Er wolle gar nicht Präsident aller Amerikanerinnen und Amerikaner sein, sondern inszeniere sich vor allem als kompromissloser Vertreter seiner eigenen Anhängerschaft.

Der Kompromiss verliert seinen Wert

Die Folgen zeigen sich im Kongress, der inzwischen teilweise wie ein europäisches Parteienparlament funktioniert. «Die Republikaner stimmen für etwas, weil die Demokraten dagegen sind, und umgekehrt», sagt Volker Depkat.

> «Die Republikaner stimmen für etwas, weil die Demokraten dagegen sind, und umgekehrt.»
>
> **Volker Depkat**
> Historiker

Dabei war das amerikanische System nie auf starke Parteidisziplin ausgelegt. Abgeordnete orientierten sich lange an den Interessen ihrer Wahlkreise. Kam ein Republikaner aus South Carolina zum selben Schluss wie ein Demokrat aus Maine, stimmten sie gemeinsam ab. Bis in die 1980er-Jahre galt der Kompromiss als politische Tugend. «Man war immer darauf vorbereitet, eben gemeinsame Lösungen auszuhandeln.»

Heute werde Entgegenkommen als Schwäche ausgelegt. Das System blockiert sich selbst, und genau diese Blockade nähre die Sehnsucht nach einem starken Mann, der verspricht, Widerstände zu überwinden. Trump bediene dieses Macherbild.

Polarisierung als Strategie

Trumps Stärke liegt laut Depkat in seiner Fähigkeit, Menschen zu mobilisieren, die sich von der Politik abgewandt haben. «Da ist ein breites Reservoir an Leuten, die so frustriert sind mit der Politik, dass sie gar nicht mehr wählen gehen», sagt er. «Und die hat er für die Partei gewonnen.» Lange galt, dass US-Wahlen in der Mitte gewonnen werden, erklärt Depkat. Trump stellte das rigoros infrage.

Die gezielte Zuspitzung hilft Trump, enttäuschte Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu mobilisieren und seine Anhängerschaft enger an sich zu binden. Diese hält zusammen, weil sie durch gemeinsames Misstrauen gegenüber Institutionen verbunden ist. Kritik von aussen festigt diesen Zusammenhalt eher, als ihn aufzulösen. «Je mehr man bei diesen populistisch gefügten Gemeinschaften von aussen draufhaut, desto mehr schliessen sie sich ein», sagt Depkat.

Wer mit Zuspitzung mobilisieren und Wahlen gewinnen kann, wird zum Vorbild. Das ist die eigentliche Exportware des Modells Trump.

Ist die amerikanische Demokratie damit irreparabel beschädigt? Depkat unterscheidet zwischen der Widerstandskraft der staatlichen Institutionen und dem Zustand der demokratischen Kultur. Während Gerichte, Parlament und Verfassung die Macht der Regierung begrenzen sollen, beruht die demokratische Kultur auf der Bereitschaft der Gesellschaft, politische Gegensätze friedlich auszutragen und demokratische Regeln anzuerkennen.

Das System der gegenseitigen Kontrolle von Regierung, Parlament und Gerichten – die sogenannten Checks and Balances – sei zwar «zerbeult», funktioniere in wesentlichen Bereichen aber noch. Gerichte hätten Trump starke Grenzen gesetzt.

Auch der konservativ dominierte Oberste Gerichtshof habe in einzelnen Verfahren nicht automatisch in Trumps Sinne entschieden. Kritischer beurteilt Depkat den Kongress: Die republikanische Fraktion habe seine Kontrollfunktion gegenüber dem eigenen Präsidenten zu wenig wahrgenommen. Trump und seine Verbündeten nutzten Unklarheiten in der Verfassung für eine «konservativ-autoritäre Umgestaltung» des Landes.

«Das ist ein Stresstest», sagt Depkat. «Da ist einiges in Schieflage, aber ich glaube, dass die Institutionen noch nicht irreparabel beschädigtsind.»

Die schwierigere Reparatur

Schwieriger ist die Frage nach dem demokratischen Konsens. Demokratie brauche nicht nur Gerichte und Wahlen, sondern auch die Bereitschaft, Andersdenkende als legitimen Teil derselben Gesellschaft zu akzeptieren. «Das muss man ja nicht gut finden», sagt Depkat. «Aber man kann eine andere politische Haltung auch einmal bestehen lassen.»

Genau diese Haltung sieht er erodiert. Eine verhärtete politische Kultur lässt sich nicht mit einem Regierungswechsel heilen. «Das wird nicht so bald geschehen.» Dafür müssten Mässigung und Kompromissbereitschaft erst wieder als Tugenden gelten, nicht als Zeichen von Schwäche. «Eine demokratische Staatsform könne auf Dauer nur bestehen, wenn auch die Gesellschaft demokratisch denkt und handelt».

Was das mit der Schweiz zu tun hat

Der Trend zur politischen Zuspitzung und zur Abwertung des Kompromisses betrifft nicht nur die USA. Das schweizerische Konkordanzsystem lebt davon, dass sich politisch Andersdenkende gegenseitig als legitime Gesprächs- und Verhandlungspartner anerkennen. Trumps Erfolg macht die gegenteilige Strategie attraktiv: Mobilisierung durch Zuspitzung statt Suche nach der Mitte.

Für Depkat liegt darin die eigentliche Verführungskraft. Es sei «der scheinbare Erfolg seiner Form der politischen Mobilisierung und Kommunikation», der andere dazu bringe, dieses Modell zu übernehmen. Denn wenn Polarisierung Wahlen gewinnt, verändert sich das Verständnis von Politik. Der Kompromiss wird zur Schwäche, das politische Gegenüber zum Feindbild. Genau dort, sagt Depkat, beginnt das eigentliche Problem.

Öffentliche Vorlesung «Die Demokratie in den USA 250 Jahre später»: Miséricorde 3, Auditorium A, Avenue de l'Europe 20, Freiburg. Di., 3. November, 17.15 bis 19 Uhr. Mehr Informatonen: events.unifr.ch